

PSYCHOLOGIE UND ATOMARE BEDROHUNG - BERICHT ÜBER EIN SYMPOSIUM

Wilhelm KEMPF & Hans WERBIK

Bereits im Anschluß an die Kuba-Krise 1962 entstand in den USA eine eigene Forschungstradition, die sich im Bezugsrahmen der Entwicklungspsychologie mit der Frage befaßt, welche Auswirkungen der Rüstungswettlauf auf die Persönlichkeitsentwicklung junger Menschen hat. Und als nach 1979 durch öffentliche Diskussionen über die Führbarkeit und Gewinnbarkeit eines (auf Europa) beschränkten Atomkrieges das Tabu des Nicht-Einsatzes von Atomwaffen in Frage gestellt wurde, begannen Rüstungswettlauf und Ost-West-Konflikt auch in der deutschsprachigen Psychologie thematisiert zu werden.

Mit dem Ziel einer Bestandsaufnahme einschlägiger Forschungsbemühungen im deutschen Sprachraum veranstaltete das Österreichische Institut für Friedensforschung in Zusammenarbeit mit der Gesellschaft für Humanwissenschaften und der Sektion "Politische Psychologie" im Berufsverband Deutscher Psychologen im September 1984 in Stadtschlaining/Burgenland ein Symposium zum Thema "Psychologie und atomare Bedrohung - Beiträge der Psychologie zu Grundfragen der menschlichen Existenz".

In 13 Einzelvorträgen wurden sowohl empirische Forschungsergebnisse zur Verarbeitung von Rüstung, Kriegsgefahr und Krieg im Bewußtsein der Menschen referiert, als auch konzeptionelle Überlegungen über Aufgaben und Möglichkeiten einer psychologischen Friedensforschung und Friedenspädagogik zur Diskussion gestellt.

ARBEITSPLATZ KRIEG

Der Vietnamkrieg hat Erfahrungen über moderne, technisch bestimmte Kriegsführung gegenüber einem weitgehend unsichtbaren Feind gebracht. Wie gingen diejenigen, die dort arbeiten wollten, mit ihrem Job um, wie der mit ihnen?

Klaus HORN (Frankfurt) diskutierte Ausschnitte aus diesem Kontext, die das Kriegserleben, aber auch die Ausbildung für diesen Arbeitsplatz und Schwierigkeiten nach der Rückkehr der Soldaten ins Privatleben zeigen.

Auffällig ist in erster Linie die Reduktion des Kämpfers angesichts des unsichtbaren Partisanen-Feindes auf spezifische Überlebenstechniken. Die Angst vor dem diffusen und doch anscheinend allgegenwärtigen Bedrohlichem konnte sich zu einer besonderen Art von Paranoia steigern, die ständig in verschiedene Katastrophenformen umzukippen drohte. Der propagierte Sinn des Kampfes, die während der Ausbildung beigebrachte Ideologie eines antikommunistischen Kreuzzugs, erleichterte den Kampf nur unwesentlich.

Wer sich diesen restriktiven Lebensbedingungen anpassen konnte, hatte spätestens nach seiner Rückkehr Schwierigkeiten: Die normalen kulturellen Regelungen, das dort investierte Vertrauen auf gesellschaftlich organisierte Gegenseitigkeit, waren unerträglich geworden. Denn: Lauerte nicht auch hier überall ein diffuser Feind? Psychische Dekompensationen, Kriminalität oder Rückzug in die Wälder Nordamerikas sind Umgangsweisen mit der traumatisierenden Kriegserfahrung.

"KRIEG" UND "FRIEDEN" IM BETRIEB? - DIE SOLDATENROLLE ALS BEWÄLTIGUNGSMUSTER INNERBETRIEBLICHER KONFLIKTE

Birgit VOLMERG (Bremen) berichtet von Forschungen in einem Industriebetrieb, in dem besonders am beruflichen Handeln einer betrieblichen Gruppe, der Gruppe der Arbeitsvorbereiter die Thematik von "Krieg und Frieden" bedeutsam wird. An der Praxis der Arbeitsvorbereiter zeigt sich, wie Handlungsmuster des Angriffs und der Verteidigung eine bestimmte psychische Funktion für die Bewältigung der Aufgaben der Arbeitsvorbereitung im Betrieb erfüllen.

Häufig gegen die Bedürfnisse und Interessen der Arbeitenden in der Produktion, gegen deren Bestreben, Spielräume und Selbstbestimmung in der Arbeit zu bewahren, die Produktion permanent rationalisieren zu müssen, schafft Schuldgefühle und Gewissensbisse. Was man als Mensch dem anderen Menschen (in der Fertigung, an den Bändern und Maschinen) nicht vorschreiben möchte, etwa die Zeit, in der die Handgriffe zu verrichten sind, hat man als Arbeitsvorbereiter dennoch zu tun. Mensch sein und Arbeitsvorbereiter sein, scheinen in einem solchen Widerspruch zu stehen, daß es - wie es ein Arbeitsvorbereiter ausdrückt - nur eine Alternative gibt: "entweder man ist Arbeitsvorbereiter oder man ist falsch auf diesem Platz".

An den Interpretationen von Gruppendiskussionstexten läßt sich zeigen, was eine solche Alternative subjektiv bedeutet: Schuldgefühle und Gewissensbisse, Einfühlung in die Bedürfnisse derer, deren Arbeit man zu rationalisieren hat, dürfen nicht zugelassen werden; sie würden die Handlungsfähigkeit im Betrieb bedrohen. Stattdessen kommt es darauf an, den AV-Standpunkt durchzusetzen, und das setzt Härte gegen sich selbst und Härte gegen andere voraus.

In dem von der Forschungsgruppe (Thomas LEITHÄUSER, Eva SENGHAAS-KNOBLOCH und Birgit VOLMERG) untersuchten Betrieb haben Arbeitsvorbereiter eine regelrechte Kampfsprache und einen Verhaltenskodex ausgebildet, der durchaus mit soldatischen Mustern und Tugenden vergleichbar ist. Und sie haben für solche "Kämpfe" im Betrieb auch den angemessenen Gegner, der ihnen hilft, eigene Gewissensbisse als "Schuld der anderen" projektiv abzuwehren. Es sind die Vorgesetzten aus der Fertigung, denen die Belastung ihrer Untergebenen durch zunehmende Rationalisierung und Arbeitsintensivierung aus dem eigenen berufsbezogenen Interesse an der Erhaltung der Arbeitsmoral zur Erreichung von Stückzahlen und Qualität nicht gleichgültig sein kann.

DES-INFORMIERTHEIT ÜBER ATOMRÜSTUNG UND POLITISCHE EINSTELLUNGEN

Gert SOMMER, Karl-Günther THEOBALD und Ernst LIEBHART (Marburg) berichteten über eine empirische Untersuchung, die mit einer repräsentativen Stichprobe eines bundesrepublikanischen Dorfes durchgeführt wurde und Einblick darüber geben sollte, wie gut die Deutschen über einige Aspekte atomarer Rüstung informiert sind.

Die Ergebnisse zeigen einen recht guten Informationsstand bei Fragen zur Sicherheit von Atomwaffen und zur medizinischen Hilfe in einem Atomkrieg; erheblich schlechter ist der Informationsstand bei Fragen zur sowjetischen Rüstung und zu den atomaren Mittelstreckenwaffen der NATO. Das Ausmaß an Des-Informiertheit korreliert deutlich mit negativen Einstellungen zur Sowjet-

union und mit Einstellungen zu Argumentationen und Aktivitäten der Friedensbewegung.

BEFINDLICHKEIT UND BIOGRAPHIEPLANUNG IN EINER GEGENWART MIT FRAGLICHER ZUKUNFT

In vielfacher: ökonomischer, ökologischer und militärischer Hinsicht ist unsere Zukunft bedroht. Gerhard **BOLM** (Marburg) ging der Frage nach: wie schaffen es Zeitgenossen, subjektiv an eine Zukunft zu "glauben", wie konstituieren sie ihre subjektive Zukunft trotz der Bedrohung, und welche Beziehung zeigt die Art der Zukunftskonstituierung zur sonstigen, nicht zeitbezogenen Verarbeitung des Bedrohtseins?

Im Rahmen einer Erkundungsstudie wurden Interviews mit Mitgliedern der Friedensbewegung geführt. Eines dieser offenen, nicht standardisierten Interviews stellte BOLM auf dem Symposium vor.

Sein Gesprächspartner, wir nennen ihn A., ist ca. 30 Jahre alt; er steht zur Zeit in einem wenige Jahre dauernden Lebensabschnitt, der weder Berufsausbildung noch schon Berufsausübung ist. Die Interpretation des Interviews deutet an, daß subjektive Zukunft für A. wesentlich dadurch entsteht, daß er ein Projekt plant; er verspricht sich davon Broterwerb, Unabhängigkeit von den Eltern und vor allem Sinn durch die Möglichkeit, Gelerntes politisch wirksam werden zu lassen und so gemeinsam mit anderen zur Erhaltung des Friedens beizutragen.

Das Projekt und damit subjektive Zukunft wird für A. infragegestellt zum einen durch die Gefahr, mit dem Projekt alleingelassen zu werden und so zu als sinnlos empfundenen vereinzelt Jobben gezwungen zu sein, zum anderen durch die Kriegsgefahr. Diese Bedrohungen kann A. "ausblenden", wenn er weiß, daß andere sein Projekt mittragen, wenn er so das tun kann, was er auch will, d.h. sein Projekt real vorantreiben, wenn er damit etwas für den Frieden und damit die Zukunft tun kann und wenn er seine gelegentliche Kriegsangst durch Gespräche mit anderen wieder "versachlichen" kann.

Letztere wären dann auch – immer für A. – Bedingungen für subjektive Zukunft: gewiß zu sein, die Zukunftspläne mit anderen zu teilen; die Freiheit zu haben, an ihrer Realisierung zu arbeiten und – das bedeutet es hier – zur Sicherung des Friedens beizutragen; gemeinsam mit anderen Kriegsängste tragen zu können.

KRIEGSBEJAHUNG UND FRIEDENSPOLITISCHE APATHIE

Martina **SOMMEREGGER** (Villach) ging in ihrem Referat davon aus, daß Menschen, welche die gegenwärtig praktizierte Rüstungs- und Entwicklungspolitik dulden oder sogar befürworten, gegebenenfalls auch den Einsatz der Völkermordmaschinen bejahen.

Untermuert wurde diese These dadurch, daß Abschreckung nur durch die psychische Bereitschaft, die Genocidmaschinen auch tatsächlich jederzeit – im sogenannten Ernstfall – anzuwenden, glaubwürdig ist. Das bedeutet also, daß die Befürwortung der Abschreckungspolitik auch diesen "Ernstfall" implizieren muß.

Die meisten Menschen leugnen natürlich, daß sie den Einsatz dieser Waffen akzeptieren würden. Um sich vor sich selbst zu rechtfertigen, versuchen sie, den Schritt von der zum Abschluß bereiten Massenvernichtungsmaschine zum Einsatz derselben künstlich aufzublähen. Aber es handelt sich dabei doch nur um

eine künstliche Aufblähung und nicht mehr: Die Tatsache, daß der Einsatz nur der nächste logische Schritt ist - einer von vielen zuvor - der durch die psychologische Aufrüstung gesichert wird, woraus es dann im entscheidenden Moment kein Zurück mehr gibt, bleibt trotz allem bestehen.

Die Verleugnung dieses Zusammenhanges resultiert aus dem Widerspruch zwischen individuellen Bedürfnissen und gesellschaftlichen Anforderungen, aus der Schwierigkeit, wirtschaftliche, soziale und politische Zusammenhänge zu durchschauen, sowie aus dem Bedürfnis nach einer Begrenzung des Bewußtseinsbereiches. Abwehrmechanismen halten das Konfliktmaterial und die damit verknüpfte Angst vom Bewußtsein fern, bringen (neurotische) Konfliktlösungen zustande und garantieren gleichzeitig eine kompromißhafte, regressive Entspannung: durch Teilentspannung wird die Konfrontation auf unbestimmte Zeit vertagt.

BEDROHUNG UND ANGST IM ALLTAGSBEWUSSTSEIN

Am Beispiel der Problemfelder "Atomare Bedrohung" und "Ökologische Krise" zeigte Thomas LEITHÄUSER (Bremen) auf, daß die psychologische Problematik des gesellschaftlichen Bewußtseins - insbesondere jene Abwehr- und Übertragungsphänomene, die schon im Vortrag von Martina SOMMEREGGER anklangen - mit Hilfe des Begriffs des Alltagsbewußtseins zu analysieren ist. LEITHÄUSERS Vortrag gliederte sich in zwei Hauptteile. Im ersten wurde der Begriff des Alltagsbewußtseins erläutert und mit dem alten Ideologiebegriff konfrontiert. Im zweiten Teil gab Thomas LEITHÄUSER dazu empirische Belege aus Untersuchungen, die an der Universität Bremen entstanden sind.

In einer dieser Untersuchungen wurde an verschiedenen gesellschaftlichen Gruppen in der Bundesrepublik (u.a. an Bundeswehrangehörigen, Polizisten, Lehrern, Arbeitern und leitenden Angestellten aus der Wirtschaft) untersucht, wie die Logik dessen, was wir täglich über militärische Friedenssicherung hören, mit dem vereinbar ist, was man selbst für richtig und für falsch, für wahrscheinlich oder unwahrscheinlich, für einleuchtend oder unsinnig hält und wenn nicht, was folgt daraus?

Dabei wurde deutlich, wie die Zustimmung zur Abschreckungspolitik um den Preis geleistet wird, daß die Unvereinbarkeit der Abschreckungspolitik mit individuellen Lebensbedürfnissen auf dem Weg psychischer Kompromisse bewältigt wird, welche von einer regressiven Verarbeitung bedrohlicher Wirklichkeitsaspekte über Verdrängung und Projektion bis hin zur Spaltung zwischen Person und Rolle, zwischen Gefühl und Verstand, zwischen Moral und Kalkül, zwischen Bedürfnis und Zweck reichen. Ihnen alle ist dieselbe negative Dialektik zu eigen: über die Abwehr der eigenen Betroffenheit dienen sie dazu, Handlungsfähigkeit aufrecht zu erhalten und dem Leidensdruck auszuweichen, den die Einsicht in die Unvereinbarkeit der Konfrontationspolitik Ost-West mit eigenen Lebensbedürfnissen unweigerlich nach sich ziehen muß. Zugleich jedoch dienen sie auch der Stabilisierung und Stützung eben jener politischen Orientierungen, von denen die Bedrohung der eigenen Bedürfnisse ausgeht.

VON BETROFFENHEIT ZUM AUFBEGEHREN

Anhaltspunkte dafür, wie diese negative Dialektik durchbrochen werden kann,

bieten Untersuchungen, in denen empirisch nachzuzeichnen versucht wurde, welche Einstellungen und Orientierungen für die motivationale Grundlage der Friedensbewegung als einer Massenbewegung eine Rolle spielen. Die von Wilhelm KEMPF (Konstanz) referierten Ergebnisse weisen darauf hin, daß hinter der Friedensbewegung ein tiefgreifender Orientierungswandel erkennbar ist, in dem es um weit mehr geht als nur um ein Nein zur Stationierung von Atomraketen. Einige Stichworte sind: Sinnansprüche und die Übernahme von Selbstverantwortung, der Mut zu Betroffenheit und Empathie und ein Verständnis von Frieden, das nicht auf Herrschaft, sondern auf Gemeinsamkeit gegründet ist.

Mit "Sinnansprüchen" ist dabei der Wunsch gemeint, die von Rene SPITZ diagnostizierte Einseitigkeit des Trainings der Sinne in unserer auf Naturbeherrschung abgestellten Gesellschaft zu überwinden, Wahrnehmungs- und Denkformen wiederzuentdecken, die dem Menschen im Prinzip zur Verfügung stehen, aber gleichwohl in den Hintergrund gedrängt, an gesellschaftliche Minoritäten delegiert sind: ein dem zweckrationalen Denken entgegensetzendes ganzheitliches Denken, das einem ein Wissen darüber zurückgeben kann, "was es heißt, ein Teil der Welt zu sein und nicht ihr Feind".

Hand in Hand mit diesen Sinnansprüchen geht der Anspruch auf Übernahme von Selbstverantwortung, in dem zugleich Zweifel, sowohl an der Verantwortungsfähigkeit als auch an der Glaubwürdigkeit der Politiker, und ein Vertrauensverlust gegenüber den demokratischen Institutionen zum Ausdruck kommt, und der aus jenem Mut zu Betroffenheit und Empathie weiter gespeist wird, den er zugleich herausfordert.

Mit jener plakativen Betroffenheit "ich bin ja so betroffen" als verbalem Bekenntnis zu Emotionalität, die von manchen Propagandisten der Friedensbewegung im Munde geführt und von Satiremagazinen zu Recht lächerlich gemacht wird, hat das hier gemeinte freilich ebenso wenig zu tun, wie mit der gerne propagierten Angst vor dem Atomkrieg. Was ich mit Betroffenheit und Empathie meine, ist "emotional" nur insofern, als Parteilichkeit zum Argument wird, ist die Tendenz Politik (und insbesondere die Rüstungspolitik) persönlich zu nehmen. Solche Parteilichkeit hat zur Folge, daß die oben angesprochenen psychischen Kompromisse nicht mehr eingegangen werden.

Als förderlich hierfür, kann das Erschrecken über den plötzlichen Bruch der Entspannungspolitik unter Präsident REAGAN angesehen werden, das eine Thematisierung der nuklearen Bedrohung (ähnlich wie schon in den USA im Anschluß an die Kuba-Krise, 1962) nicht weiter abzuwehren erlaubte. Hinzukommt, daß die - vor allem - jungen Leute, die sich in Richtung auf die Friedensbewegung hin zu orientieren begannen, noch nicht so sehr in gesellschaftliche Rollen eingebunden waren, die ein reibungsloses Funktionieren verlangen, aber auch, daß Sinnansprüche der oben beschriebenen Art in der jüngeren Generation allgemein bewußtseinsfähig sein dürften, jedenfalls nicht außerhalb des Thema-Horizont-Schemas (LEITHÄUSER) ihres Bewußtseins liegen.

Daß diese jungen Leute noch nicht so sehr in entsprechende gesellschaftliche Rollen eingebunden sind, bedeutet, daß Handlungsfähigkeit eher riskiert, die leidevolle Realität bedrohter Zukunft eher bewußt werden kann. Um diese zu bewältigen, werden Mechanismen ausgelöst, die u.a. in der Abkoppelung persön-

2. Welche Perspektivenänderung sozialpsychologischen Forschens könnten dazu beitragen, diesen (überkommenen und durchaus prinzipiellen) Mangel mittel- bis langfristig zu überwinden, und
3. Ist in der Perspektive und dem Selbstverständnis eines neuen Forschungszweiges, der (experimentellen) Minoritätenforschung, ein Umdenkprozeß der (akademischen, also durchaus weiterhin nomothetisch orientierten) Sozialpsychologie erkennbar, der die Sichtblenden der bisherigen 'Variablen-Psychologie' zunehmend kleiner werden lassen könnte?

In der Hauptsache ausgehend von den innovativen Anstößen und empirischen Arbeiten des Kreises um Serge MOSCOVICI, der schon vor Jahren als einer der Haupt-Proponenten einer "europäischen Sozialpsychologie" auftrat, wurde dargelegt, inwieweit man an diesem Beispiel den Versuch eines wissenschaftlichen Verhaltens sehen kann, das Konsequenzen aus einer Diskussion zieht, die bisher vor allem unter dem Titel "Krise der Sozialpsychologie" geläufig ist.

RATIONALITÄT, IRRATIONALITÄT UND EMOTIONALITÄT IN SICHERHEITSPOLITIK UND FRIEDENSBEWEGUNG

Siegfried PREISER (Frankfurt) versuchte aufzuzeigen, daß und warum sich die häufig gegroffene Gegenüberstellung von "rationaler" Sicherheitspolitik (durch Abschreckung) und "irrationalen" Ängsten (der Friedensbewegung) nicht aufrechterhalten läßt. Die Prämisse der offiziellen Sicherheitspolitik, wonach alle politischen und militärischen Entscheidungen immer und ausschließlich nach rationalen Nutzen- und Risikoabwägungen getroffen werden, diese Prämisse erweist sich als widerlegt; deshalb ist die darauf aufbauende Sicherheitspolitik irrational, weil sie wesentliche Bedingungen der Friedenssicherung und Kriegsentstehung übersieht. Die Ängste der Friedensbewegung sind dagegen offenbar berechtigt und somit vernünftig. Es erscheint nicht berechtigt, Rationalität und Emotionalität einander gegenüberzustellen; sie können vielmehr im engagierten Handeln zusammenwirken.

Dies zu verdeutlichen, wurde ein Modell vernünftigen und motivierten Handelns vorgestellt, bei dem verschiedene Zielebenen unterschieden werden: handlungs-, ereignis-, ergebnis- und konsequenzbezogene Ziele.

Das Handlungsmodell beinhaltet eine Reihe von subjektiven Kognitionen mit emotionaler Komponente, beispielsweise Kompetenzerwartung, wahrgenommene Handlungsfreiheit, Kontrollüberzeugungen, Vertrauen, Erkenntnisgewißheit, Wirksamkeitserwartung.

Das Handlungsmodell trägt dazu bei, die Handlungsstruktur von politisch aktiven und passiven Bürgern und Politikern zu analysieren. Dadurch können Hinderungsgründe für Engagement erkannt und gegebenenfalls beseitigt werden. Aus dem Modell lassen sich Hinweise ableiten, wie Engagement für die Friedenssicherung gefördert werden kann.

DAS POLITISCHE SELBSTBILD ALS GEWALTFAKTOR - NOTWENDIGE EINSCHRÄNKUNGEN UND ERGÄNZUNGEN ZUR ROLLE VON FEINDBILDERN

Wenn Kriege und andere Feindseligkeiten zwischen politischen Kollektiven unter psychologischem Aspekt betrachtet werden, wird das "Feindbild" besonders häufig

als Ansatzpunkt der Erklärung sowie pädagogischer oder sonstiger Friedensbemühungen genannt. Ohne die Bedeutung von Feindbildern grundsätzlich zu bestreiten, versuchte Hans-Peter **NOLTING** (Göttingen) aufzuzeigen, daß sie doch im Vergleich zu anderen psychologischen Determinanten politischer Gewalt in der Regel überbewertet werden.

Zum einen zeigt die empirische Forschung, daß Menschen innerhalb organisierter Aktionen, wie sie im politischen Feld typisch sind, auch ohne Feindbilder schwerwiegendste Gewalthandlungen begehen können. Viele, wenn nicht die meisten Akteure lassen sich vielmehr von erwarteten Vorteilen, von Strafandrohungen für Nichtbeteiligung, von Rollenverteilungen in Autoritätsbeziehungen und anderen gruppeninternen, also gegner-unabhängigen, Faktoren leiten.

Zweitens spricht einiges dafür, daß Feindbilder die politischen Beziehungen eher widerspiegeln, als daß sie sie bestimmen.

Drittens wird das Gegenstück des Feindbildes, das politische Selbstbild, zu wenig beachtet. Denn das Feindbild allein erklärt noch nicht, warum die eigenen (!) Gewaltakte, Rüstungsmaßnahmen usw. nicht (oder weit weniger) als destruktiv und gefährlich angesehen werden, auch wenn sie denen des Gegners äußerlich durchaus gleichen. Dafür dürfte die im Feindbild und Selbstbild enthaltene Attribuierung des Handelns auf jeweils gänzlich verschiedenartige Motivationen entscheidend sein (z.B. "Zerstörungs- und Herrschsucht" gegenüber "Streben nach Frieden und Gerechtigkeit").

Das Bild von der Friedfertigkeit der eigenen politischen Gruppe erfüllt vermutlich folgende gewaltfördernde oder -erleichternde Funktionen:

1. Bagatellisierung der tatsächlichen Gefährlichkeit und Destruktivität der eigenen Maßnahmen (z.B. bei der Rüstung: "Waffen in den Händen von Friedfertigen können doch nicht gefährlich sein");
2. Moralische Umwertung der "an sich" abgelehnten Gewalt in eine gesellschaftlich wertvolle Handlung, und, damit verbunden,
3. Erhöhung des individuellen Selbstwertgefühls der Akteure, die an Gewaltaktionen beteiligt sind.

MÖGLICHE BEITRÄGE DER AGGRESSIONSFORSCHUNG ZUR FRIEDENSFORSCHUNG

Wenn der Mensch als ein naturhaft bestimmtes Wesen verstanden wird, das seinen Aggressionstrieb ausleben muß, dann erscheinen Modelle des friedlichen Zusammenlebens der Menschen und der Erziehung zum Frieden als illusionär. Ulrich **KATTMANN** (Oldenburg) plädierte dafür, Aggressionsforschung sollte dementsgegen die Uneindeutigkeit des menschlichen Verhaltens, die Vielfalt aggressiver Verhaltensweisen und die Kulturbestimmtheit des Aggressionsverhaltens des Menschen erfassen:

Bei denjenigen Verhaltensweisen, die zur Begründung eines angeborenen Aggressionstriebes beim Menschen herangezogen werden (Fremdenfurcht des Kleinkindes, Aggression gegen Außenseiter als Gruppenmitgliedern, Aggression gegen Gruppenfremde und fremde Gruppen) ist die Ambivalenz der Verhaltensmöglichkeiten herauszustellen: Zuwendung und Ablehnung, Integration und Ausgrenzung, Öffnung und Abgrenzung.

Durch die Differenzierung des Phänomens "Aggression" wird ein einheitlicher und

eigengesetzlich funktionierender Aggressionstrieb beim Menschen unwahrscheinlich. Dieser hat als unbewiesen zu gelten. Die Thesen von der Unfähigkeit des Menschen, Frieden zu halten, werden daher durch die Annahmen zur Aggression nicht hinreichend gestützt, um ein erfolgreiches Lernen gegenüber möglicherweise im Sinne der Thesen vorhandenen Verhaltenstendenzen auszuschließen. Für dieses Lernen sind vielmehr diejenigen – ebenfalls genetisch bedingten – Verhaltensweisen zu nutzen, die aggressiven Verhaltenstendenzen in verschiedenen Funktionen entgegenwirken können.

Die Ursachen für die verbreitete einseitige Deutung von Aggressivität des Menschen als ein angeborener Trieb liegen in einer zoologisch verengten Sichtweise sowie in mißverstandenen biologischen Konzepten, wie "Kampf ums Dasein", Selektion auf Aggressivität, Bedeutung des Kampfes in der Evolution des Menschen.

Für die Aggressionsforschung ergeben sich daraus folgende Konsequenzen:

1. Es sollten diejenigen Verhaltensdispositionen herausgestellt werden, die die Menschen befähigen, Frieden zu stiften. Die pessimistische Gegenüberstellung von Natur und Kultur sollte dabei aufgegeben werden.
2. Die Hypothese von der Eigengesetzlichkeit eines Aggressionstriebes sollte zugunsten der Erforschung der Vielfalt aggressiver Verhaltensweisen aufgegeben werden. Dabei sind für den Menschen verschiedene Ebenen (individual, sozial, global) zu unterscheiden.
3. Das menschliche Verhalten ist – auch und gerade in biologisch-anthropologischer Sicht – stets im Zusammenhang mit der Symbolwelt, den sozialen Institutionen sowie der Kultur und der Geschichte der Menschen zu deuten, und zwar auch dann, wenn es zunächst ethologisch erfaßt und mit tierischem Verhalten verglichen wurde.

Die biologische Grundausstattung kann nicht über die ethische Wertung des menschlichen Verhaltens entscheiden. Für die Annahme, daß gültige ethische Normen außerhalb des für den Menschen Möglichen liegen könnten, gibt es keinerlei nachprüfbare Belege.

Der Mensch muß lernen, die gesamte Menschheit als eine einzige Gruppe zu begreifen. Er muß lernen, alle Menschen ohne Unterschied als Seinesgleichen, als Artgenossen, anzusehen, wenn er insgesamt als Art überleben will. Die genetischen Grundlagen seines Verhaltens gewährleisten weder diesen Lernprozeß noch stehen sie diesem völlig entgegen.

FRIEDENSSICHERUNG UND ERZIEHUNG

Wie solche Lernprozesse in Gang gesetzt und unterstützt werden können, war Gegenstand des Vortrages von Joachim DOMNIK (Konstanz). Nach einleitenden Klarstellungen, daß Friedenserziehung ein relativ eigenständiger und zwar notwendiger, alleine jedoch nicht hinreichender Beitrag zur Friedenssicherung ist, wurde die These begründet, daß Friedenserziehung ein in der Tradition der Aufklärung stehendes Erziehungsverständnis verlangt, während ein technologisches Erziehungsverständnis dafür nicht in Frage kommen kann.

Am Beispiel der Erklärung "Friedenssicherung und Bundeswehr" der Kulturminister der unionsregierten Länder stellte DOMNIK – sodann einen verfehlten Ansatz

schulischer Friedenserziehung dar, um schließlich im einzelnen zu erläutern, wodurch Erziehung einen Beitrag zum Ost-West-Verhältnis zu leisten vermag. Als Aufgaben der Friedenserziehung wurden genannt:

1. Die Aufklärung über die Ursachen der Bedrohung des Friedens; über die ethische Problematik der Rüstungspolitik; über Alternativen zur gegenwärtigen Verteidigungspolitik; über die Lebensverhältnisse und den Lebensalltag von Menschen im jeweils anderen Militärblock; und über ideologische Argumentationsmuster zur Rechtfertigung der heutigen Rüstungspolitik, z.B. die Sachzwangideologie, die Ideologie der "bedingten Priorität des Friedens", die Gleichgewichtsideologie und die Ideologie doppelter Moral.
2. Die Weitergabe von Erfahrungen des Leids, des Elends und des Todes im Krieg anhand von dokumentarischen und künstlerischen Zeugnissen.
3. Das anschauliche und überzeugende Beispiel von uns Erwachsenen, wie wir unseren Protest gegen das Wettrüsten und unser Eintreten für den Frieden zum Ausdruck bringen.
4. Die Schaffung von Erfahrungsmöglichkeiten und Handlungsspielräumen für eine konstruktive, auf Verständigung beruhende Konfliktbewältigung im alltäglichen Zusammenleben.
5. Die Ermöglichung von "Lebensglück" als vitaler Basis der Dialogfähigkeit.

"GEMEINSAME SICHERHEIT" ALS ERKENNTNISLEITENDES PRINZIP FÜR KULTURPSYCHOLOGISCHE FRAGESTELLUNGEN

Zum Abschluß des Symposiums und die Zeitgebundenheit kulturpsychologischer Forschung zum Ausgangspunkt nehmend, versuchte Hans WERBIK (Erlangen) aufgrund einer Beurteilung der gegenwärtigen Lage hinsichtlich des Problemkreises "Kriegsverhütung" einen Katalog von zukunftsorientierten kulturpsychologischen Problemstellungen zu erarbeiten.

WERBIKs Lagebeurteilung, welche sowohl die bisherige historische Entwicklung als auch Tendenzen künftiger Entwicklung mit einschloß, hat zum Ergebnis, daß eine neue Phase eines gesamteuropäischen Entspannungsprozesses bevorsteht. Dieser Entwicklungstendenz entsprechend, werden sicherheitspolitische Konzepte, welche auf dem Prinzip der "Gemeinsamen Sicherheit" basieren, an Bedeutung gewinnen. Kulturpsychologische Problemstellungen, welche auf dem Prinzip der "Gemeinsamen Sicherheit" basieren, lassen sich in drei Bereiche gruppieren:

1. Chancen der universellen "Akzeptanz" des Prinzips der "Gemeinsamen Sicherheit";
2. Chancen einer blockübergreifenden Zusammengehörigkeit und Kooperation in Mitteleuropa, insbesondere Auswirkungen auf die deutsche "Identität";
3. Chancen und Probleme einer auf dem Prinzip der "Gemeinsamen Sicherheit" beruhenden Verteidigungskonzeption.

Wie WERBIK zu zeigen gelang, machte ein Großteil der aufgeworfenen Problemstellungen auf Paradoxien des sicherheitspolitischen Denkens aufmerksam, welche einer allmählichen Auflösung bedürfen.

DISKUSSION

Über die unmittelbare Auseinandersetzung mit den einzelnen Vorträgen des

Symposiums hinaus, wurden in der Diskussion u.a. die folgenden Fragen angeschnitten:

1. Einige psychologische Studien zum Thema des Symposiums (insbesondere SOMMER et al.) setzen zutreffende Informationen über Fragen der atomaren Rüstung voraus. Wie kann unter den heutigen Bedingungen der Informationslenkung durch Regierungsbehörden und Massenmedien überhaupt davon gesprochen werden, daß irgendwelche Ansichten über Rüstungsfragen zutreffend sind?
2. Nach den Erkenntnissen mehrerer Autoren müssen die vorherrschenden Abschreckungsdoktrinen als grundlegendes Problem der westlich-abendländischen Kultur (d.h. einschließlich der Sowjetunion) begriffen werden. Wie ist ein kollektiver Kulturwandel denkbar, wenn man bereits weiß, daß die Institution Schule eher die vorherrschenden Orientierungen "widerspiegelt" und daher nicht in der Lage ist, einen kulturellen Wandlungsprozeß einzuleiten?
3. Will sie nicht mit ihren Erkenntnissen "zu spät" kommen, muß die Psychologie besser mit den Bemühungen anderer wissenschaftlicher Disziplinen "vernetzt" werden und auch einen engeren Kontakt zum Praxisfeld der Politik pflegen. Die Institution der Universität ist auf eine solche Vernetzung nicht angelegt; insbesondere bestehen bürokratische Hemmnisse für umfassende Kooperationsbemühungen. Wie kann dieses "Kooperationsdefizit" erkannt und abgebaut werden?

Anschrift der Autoren:

Prof. Dr. Wilhelm KEMPF, Universität Konstanz, Postfach 5560, D-7750 Konstanz.

Prof. Dr. Hans WERBIK, Psychologisches Institut der Universität Erlangen, Bismarckstraße 1, D-8520 Erlangen.

Die Veröffentlichung der vollständigen Vortragsmanuskripte erfolgt unter dem Titel "Zur Sozialpsychologie von Sicherheitspolitik und Friedensbewegung" als Band 3/1985 der vom Österreichischen Institut für Friedensforschung herausgegebenen Schriftenreihe DIALOG - Beiträge zur Friedensforschung.

DRUCKBERICHTIGUNG

In Heft 1/1985 entfiel aus drucktechnischen Gründen eine umfangreiche Textstelle zwischen Seite 40 und 41. Wir bitten unsere geschätzten Leser dies zu entschuldigen. Den fehlenden Text können Sie nachstehend lesen:

((Um diese zu bewältigen, werden Mechanismen ausgelöst, die u.a. in der Abkoppelung persönlicher Zukunft von der Antizipation gesellschaftlicher Zukunft, aber auch z.B. darin bestehen, daß die Angst vor dem Atomkrieg als "abstrakt", "nicht greifbar" und "weit weg" erlebt wird. Mit der leidvollen Erfahrung bedrohter Zukunft und einer zaghaft beginnenden Zuwendung zur Friedensbewegung wurden zugleich andere - nicht minder leidvolle - Erfahrungen möglich und bewußtseinsfähig, darunter die Erfahrung Objekt von Herrschaftsverhältnissen zu sein und die Erfahrung einer Diskrepanz zwischen gesellschaftlicher Realität und ihrer Idealisierung in den offiziellen Darstellungen.

Diese Erfahrungen werden möglich, indem von der Politik und Bewußtseinsindustrie unterbreitete Übertragungsangebote nicht mehr übernommen werden, darunter der offizielle Antikommunismus und die mit ihm verbundenen Feindbildkonstruktionen (einschließlich der Friedensbewegung als "innerer Feind", als "Handlanger Moskaus"), und die offizielle Ideologie einer Friedenssicherung durch Abschreckung (einschließlich der Vorstellung, daß wir überhaupt in Frieden leben).

Die Verweigerung gegenüber solchen Übertragungsangeboten ist freilich nicht von vorneherein durch eine bereits ausgebildete Reflexionsfähigkeit bedingt, sondern durch gleichsam "naturwüchsige" Übertragungsvorgänge geprägt. U.a. durch die Übertragung alltagspraktischer Konflikterfahrungen auf die Entwicklung einer Vorstellung "vom Krieg", durch die Übertragung der eigenen Unfähigkeit Konflikte zu bewältigen auf ihre Vorstellung von den "Fähigkeiten der Politiker" und durch die Übertragung der eigenen Betroffenheit auf ihre Vorstellungen von den "Motiven der Friedensbewegung".

Indem diese naturwüchsigen Übertragungsvorgänge in Widerspruch zu den offiziellen Übertragungsangeboten geraten, verschärfen sie einerseits das ohnedies schon angelegte Mißtrauen gegenüber den Politikern und den demokratischen Institutionen. Andererseits fördern sie den Wunsch nach Selbstverantwortung und die Bereitschaft zum Aufbegehren gegen eine Politik, die ihren eigenen Lebensbedürfnissen widerspricht. Zugleich bedingen dieser Widerspruch und der aus ihm resultierende Vertrauensverlust aber auch eine Fixierung auf die unmittelbare eigene Erfahrung als Orientierungsbasis.

Gerade diese Fixierung auf die unmittelbare eigene Erfahrung als Orientierungsrahmen verhindert jedoch sowohl die Einsicht in gesellschaftliche Interessenskonflikte, als auch die Auseinandersetzung mit historischen Zusammenhängen, die beide der unmittelbaren persönlichen Erfahrung nicht zugänglich sind, und

fördern so die Gefahr, daß der Protest der Friedensbewegung in einer bloss moralischen Haltung verharren oder in baldiger Resignation enden könnte.

SOZIALER EINFLUSS VON MINORITÄTEN: EIN UMDENKPROZESS INNERHALB DER AKADEMISCHEN SOZIALPSYCHOLOGIE?

Helmut MOSER (Hamburg) stellte Überlegungen an, inwieweit die gegenwärtige Friedensbewegung als Kulminationsprozeß einer Entwicklung seit den späten 60er-Jahren anzusehen ist. An Abgrenzung von geläufigen, eher soziologisch orientierten Darstellungen, die (deskriptive) Phasenschemata vorziehen, wurde die These vertreten, man könne (mit bestimmten Einschränkungen) die heutige Friedensbewegung als einen historisch neuen Typ sozialer Bewegung bezeichnen. Ausgehend von der Tatsachenfeststellung, daß der Beitrag der (akademischen) Sozialpsychologie zur Analyse und zum Verstehen gesellschaftlich so wichtiger Zeiterscheinungen fast vernachlässigbar klein ist, wurden die Grundfragestellungen des Beitrages abgeleitet:

1. Warum ist das so?

((Ende des Nachtrages von Heft 1/1985))



Carl ROGERS (USA), Alice PENEDER (A) und Hans BÖTCHER (DDR)
beim "Cross-Cultural-Communications"-Workshop in SZEGED (Ungarn), Sommer 1985